

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA (FPÖ) und Stefan Berger (FPÖ) zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Jugend, Integration und Transparenz) für den Gemeinderat am 27.06.2023 - 28.06.2023.

Maßnahmenpaket gegen Zwangsheirat

In Österreich werden laut Schätzung jährlich 200 Mädchen und Frauen zwangsverheiratet. Obwohl diese Form der Gewalt unter Strafe steht, gibt es nur selten Anzeigen.

Jedes Jahr sollen hierzulande 200 Mädchen und Frauen zwangsverheiratet werden, die Dunkelziffer ist ein Vielfaches. Diese Zahl kursiert seit Jahren in Publikationen und in Medien. Es handelt sich um eine Schätzung, repräsentative Statistiken gibt es nämlich nicht. Blickt man auf die Anzeigen wegen „Zwangsheirat“, so gab es im Vorjahr 15. Die Jahre zuvor etwas weniger. Eine neue Studie der Konflikt- und Gewaltforscherin Birgitt Haller vom Institut für Konfliktforschung (IKF) in Wien, die vom Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) gefördert wurde, fokussierte dabei auf die Betroffenheit unter Jugendlichen: Anfang 2022 wurden dafür Mitarbeiterinnen der Kinder- und Jugendhilfe (KJH) in ganz Österreich online befragt.

Das Ergebnis: Rund 54 Fälle von Verdacht auf Zwangsheirat wurden dort 2021 verzeichnet, mehr als die Hälfte in Wien, Oberösterreich und Tirol. Die Mehrheit der Betroffenen war zu diesem Zeitpunkt zwischen 15 und 17 Jahre alt. Bis auf eine Ausnahme waren alle weiblich. Auf den Verdacht aufmerksam gemacht wurde die KJH dabei meist über Dritte, etwa über Schulen oder Tagesbetreuungen. Als Hinweise wurden eine starke Kontrolle durch die Familie, der plötzliche Abbruch der Ausbildung oder des Berufs sowie unerwartet lange Auslandsreisen genannt. Leider findet die bestehende strafrechtliche Verfolgung, obwohl Offizialdelikt, kaum Anwendung.

Bei den Betroffenen handelt es sich meist um Mädchen in zweiter oder dritter Generation, die österreichische Staatsbürgerinnen sind. Betroffen sind jedoch auch Frauen, die für die Zwangsverheiratung nach Österreich gebracht werden, sowie Flüchtlinge in verschiedenen Stadien des Asylverfahrens. Gerade bei Letzteren hätte die vieldiskutierte Maßnahme der verpflichtenden ÖIF-Deutschkurse und -Beratungen einen positiven Nebeneffekt. „Durch die Kurse können wir diese

Frauen überhaupt erst erreichen“, sagt die ÖIF-Frauenzentrumleiterin Sonia Koul gegenüber Medien. Mehr Bedeutung käme hier der Kinder- und Jugendhilfe zu. Doch dort wünschen sich Mitarbeiter mehr Schulungen und mehr Anlaufstellen. In manchen Bundesländern fehlen diese völlig.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat fordert

1. die zuständige amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen auf,
 - A) zeitnah ein aktuelles Maßnahmenpaket mit Schwerpunkt gegen Zwangsheirat zu erarbeiten, welches die Einbindung der Eltern und der von Zwangsheirat betroffenen religiösen und ethnischen Gruppen zu erarbeiten.
 - B) in Zusammenarbeit mit dem zuständigen amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz dafür Sorge zu tragen, dass an den Wiener Schulen verbindlich Präventions- und Informationsarbeit über die Probleme und Risiken von Zwangsheiraten regelmäßig stattfinden.
 - C) in Zusammenwirken mit dem zuständigen amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Integration und Transparenz alle zugänglichen Informationen und Daten zu Zwangs- und Kinderehen in der Bundeshauptstadt zu erheben und laufend aktuell zu führen. Diese Daten stehen den Mitgliedern des Wiener Gemeinderates im Sinne der Transparenz jederzeit zur Einsicht offen.
 - D) für mehr Mitarbeiter im Bereich der Kinder – und Jugendhilfe als auch mehr Schulungen und Anlaufstellen zu sorgen.
2. die zuständigen Bundesministerinnen für Frauen, Familie, Integration und Medien und Justiz auf, dem Nationalrat eine Gesetzesentwurf für die Änderung des Strafrechtes, insbesondere des § 106 a StGB, zuzuleiten, der auf die Besonderheit dieses Deliktes „Zwangsheirat“ verstärkt eingeht und die Effizienz der Strafverfolgung deutlich erhöht

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

